



Rathaus Umschau

Dienstag, 13. Oktober 2015

Ausgabe 195

muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---------------------------------------------------------------------|-----------|
| Terminhinweise | 2 |
| Bürgerangelegenheiten | 3 |
| Meldungen | 4 |
| › Beschäftigungskonferenz: Münchens Einstieg in den 3. Arbeitsmarkt | 4 |
| › 9. Münchner Klimaherbst gestartet | 5 |
| › Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 6 | 5 |
| › Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 22 | 8 |
| › Figurentheaterfestival: „L'image manquante“ im Filmmuseum | 10 |
| › Stadtbibliothek Sendling lädt ein zur Herbstlektüre | 11 |
| Antworten auf Stadtratsanfragen | 12 |
| Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat | |
| Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften | |



Terminhinweise

Heute, 13. Oktober, 19 Uhr, Schulsporthalle an der Mittelschule Reichenaustraße 3, Einfachhalle 1

Informationsveranstaltung für die Anwohnerinnen und Anwohner der geplanten Unterkunft für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in der Mainaustraße. Sozialreferentin Brigitte Meier und Stefanie Weber, Abteilungsdirektorin bei der Regierung von Oberbayern, stellen den aktuellen Sachstand und die Planungen vor. Die Anwohnerinnen und Anwohner haben bereits eine persönliche Einladung zu dieser Veranstaltung erhalten.

Wiederholung

Mittwoch, 14. Oktober, 16 Uhr, sif e.V., Sedanstraße 37

Bürgermeisterin Christine Strobl überbringt Grußworte der Landeshauptstadt München anlässlich der Jubiläumsfeier des sif e.V. Der Trägerverein engagiert sich seit 30 Jahren für Frauen, Familien und Kinder in München, vor allem im Stadtbezirk Haidhausen.

Wiederholung

Mittwoch, 14. Oktober, 19 Uhr, ARRI-Kino, Türkenstraße 91

Verleihung der Starter-Filmpreise und Kinoprogrammpreise 2015 durch Bürgermeister Josef Schmid. Die Verleihung findet vor geladenen Gästen statt. Im Rahmen der Preisverleihung werden die preisgekrönten Filme ausschnittsweise gezeigt.

Freitag, 16. Oktober, 10 Uhr, Saal des Alten Rathauses

Der Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid, eröffnet die Münchner Beschäftigungskonferenz zum Thema „Münchens Einstieg in den Dritten Arbeitsmarkt“. Bei der Veranstaltung spricht Professor Dr. Matthias Knuth, Arbeitsmarktexperte von der Universität Duisburg – Essen, über Notwendigkeit, Möglichkeit und Grenzen eines Sozialen Arbeitsmarktes. Die Fragestellungen werden von einer Münchner Expertenrunde auf dem Podium vertieft.

(Siehe auch unter Meldungen)

Freitag, 16. Oktober, 11 Uhr, Staatsministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Forsten, Ludwigstraße 2 (Bitte beim Empfang melden)

Die Referentin für Gesundheit und Umwelt Stephanie Jacobs spricht auf der Bilanz-Presskonferenz der Bio-Aktionswoche. Vom 12. bis 16. Oktober bieten 13 teilnehmende Betriebsrestaurants für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Bio-Lebensmittel an.



Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 20. Oktober, 19 Uhr, Gaststätte „Hofbräuhaus“, Münchner Zimmer, Am Platzl 9 (barrierefrei, Lift, aber vorherige Anmeldung beim Hofbräuhaus)

Sitzung des Bezirksausschusses 1 (Altstadt – Lehel).

Dienstag, 20. Oktober, 18 bis 19 Uhr, Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

Dienstag, 20. Oktober, 18.30 Uhr, Gaststätte „Goldener Hirsch“, Renatastraße 35 (barrierefrei)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen – Nymphenburg) mit der Vorsitzenden Anna Hanusch

Dienstag, 20. Oktober, 19.30 Uhr, Gaststätte „Goldener Hirsch“, Renatastraße 35 (barrierefrei)

Sitzung des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen – Nymphenburg).

Dienstag, 20. Oktober, 19.30 Uhr, Gaststätte „Gartenstadt“, Naupliastraße 2 (nicht barrierefrei)

Sitzung des Bezirksausschusses 18 (Untergiesing – Harlaching). Zu Beginn der Sitzung findet eine Bürgersprechstunde mit dem Vorsitzenden Clemens Baumgärtner statt.

Dienstag, 20. Oktober, 19 Uhr, Turnhalle der Grundschule, Canisiusplatz 2 (nicht barrierefrei)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 20 (Hadern). Die Versammlungsleiterin Stadträtin Dr. Evelyne Menges, stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion, und der Bezirksausschussvorsitzende Johann Stadler informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum München, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Johann Stadler.

Meldungen

Beschäftigungskonferenz: Münchens Einstieg in den 3. Arbeitsmarkt

(13.10.2015) Die Münchner Beschäftigungskonferenzen behandeln wichtige arbeitsmarktpolitische Entwicklungen und ihre Folgen für die Münchner Beschäftigungspolitik. Die 23. Beschäftigungskonferenz befasst sich mit der Einrichtung eines Dritten Arbeitsmarkts, um den das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm MBQ erweitert wird.

Der Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Bürgermeister Josef Schmid, eröffnet die Konferenz am Freitag, 16. Oktober, um 10 Uhr im Alten Rathaus mit Statements zum Einstieg in den Dritten Arbeitsmarkt. Professor Dr. Matthias Knuth, Arbeitsmarktexperte von der Uni Duisburg – Essen, wird im Anschluss über die Notwendigkeit, Möglichkeit und Grenzen eines Sozialen Arbeitsmarktes sprechen. Abschließend diskutieren Vertreterinnen und Vertreter aus dem Jobcenter, der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, der IHK für München und Oberbayern, der Handwerkskammer für München und Oberbayern, des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und des Referats für Arbeit und Wirtschaft auf dem Podium. Im Zentrum stehen die Fragen: Welche Rolle spielt der Dritte Arbeitsmarkt in München? Was kann er leisten, was nicht?

Josef Schmid: „Wir wissen, dass die besonderen Bedürfnisse von Langzeitarbeitslosen besondere Programme verlangen. Hier setzen wir an: Mit dem Dritten Arbeitsmarkt übernimmt die Stadt Verantwortung für langzeitarbeitslose Menschen und schafft eine längerfristige, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.“

Der Ausschuss für Arbeit und Wirtschaft hat Mitte September beschlossen, das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm (MBQ) um das Programm Dritter Arbeitsmarkt zu erweitern. Mit dem Dritten Arbeitsmarkt baut die Stadt den Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung eigenständig aus und ergänzt ihn durch kommunale Maßnahmen zur Beschäftigung. Das Programm startet am 1. April 2016. Mittel von bis zu drei Millionen Euro jährlich werden dafür zusätzlich eingesetzt.

Um Anmeldung zur Beschäftigungskonferenz wird gebeten unter:

www.muenchen.de/mbq-beschaefigungskonferenz

Das Veranstaltungsprogramm sowie weitere Informationen zum Dritten Arbeitsmarkt unter www.muenchen.de/mbq.

(Siehe auch unter Terminhinweise)

9. Münchner Klimaherbst gestartet

(13.10.2015) Unter dem Motto „Politik.Macht.Klima. und wir?“ findet vom 12. bis 29. Oktober der 9. Münchner Klimaherbst statt. Gestern Abend wurde die Veranstaltungsreihe durch die Referentin für Gesundheit und Umwelt Stephanie Jacobs in Vertretung des Oberbürgermeisters im Alten Rathausaal eröffnet. „Den Städten kommt eine besondere Bedeutung bei der Bekämpfung der Klimaerwärmung zu,“ konstatierte Jacobs. Inzwischen lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten. Hier verbrauchen die Menschen die meiste Energie und die meisten Ressourcen. Hier werden die meisten Treibhausgase produziert. „München und auch ich als Umweltsprecherin sind sich der Verantwortung bewusst,“ sagte Jacobs, „und wir werden alles unternehmen, um Münchens ökologischen Fußabdruck zu verringern.“ Dabei zählt Jacobs auch auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger. „Das Wissen zu den Ursachen der Erderwärmung und über Gegenmaßnahmen ist dafür die wichtigste Voraussetzung. Deshalb ist der Klimaherbst mit seinem vielseitigen Veranstaltungsangebot für mich auch so wichtig,“ betonte die Umweltsprecherin.

Klimaschutzaktionsplan

Das Referat für Gesundheit und Umwelt der Landeshauptstadt München entwickelt derzeit einen Klimaschutzaktionsplan. Es sollen neue Akzente in Form von neuen Angeboten und Aktivitäten für die Stadtgesellschaft gesetzt werden. Ziel Münchens ist die 50-Prozent-Reduktion der Pro-Kopf-CO₂-Emissionen bis 2030, ausgehend vom Jahr 1990.

Förderung der E-Mobilität

Für Stephanie Jacobs ist die Förderung der Elektromobilität eine Herzensangelegenheit. Es ist wichtig, dass insbesondere der zahlenmäßig starke Gewerbeverkehr, also zum Beispiel Taxis, Handwerker oder Soziale Dienste, sauber in der Stadt unterwegs ist. Dazu müssen entsprechende ökonomische Anreize zum Fahrzeugwechsel geschaffen werden. Auch der Ausbau der Ladeinfrastruktur ist entscheidend. Deswegen legt die Stadt ein eigenes kommunales Förderprogramm auf und will damit der Elektromobilität in München zum Durchbruch verhelfen. Die Umweltsprecherin will dem Stadtrat die Förderrichtlinien bis Dezember zur Entscheidung vorlegen. Fördermittel sollen ab April 2016 beantragt werden können.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 6

(13.10.2015) Oberbürgermeister Dieter Reiter teilt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 6 (Sendling) mit, dass die Bürgerversammlung des 6. Stadtbezirkes am Dienstag, 27. Oktober, 19 Uhr, in der Dreifachturnhalle in der Gaißacher Straße 8, 81371 München, stattfindet.



Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadträtin Dr. Evelyne Menges, stellvertretende Vorsitzende der CSU-Fraktion. Zu Beginn informieren sie und der Bezirksausschussvorsitzende Markus Lutz über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktt Themen werden voraussichtlich sein:

1. Bereich Kindertagesstätten/Schule
 - Platzbedarf für notwendige Erweiterung der Schulgebäude für Ganztagsbetrieb bzw. zur Unterbringung von Mittagsbetreuungen
 - Sanierungsbedarf der alten Schulgebäude
 - mehr Personal für Kindertagesstätten
 - Planungen weiterer Kinderkrippen und Kindertagesstätten in Sendling
2. Bereich Soziales
 - geeignete Unterbringung und Integration von Flüchtlingen im Stadtbezirk (Sport/Kultur/Vereine)
 - Neubau Clearinghaus in der Plinganserstraße (aktueller Stand)
 - Herausforderungen in der Einrichtung Implerstraße 51 (Rückgebäude)
 - neues Konzept für die Einrichtung Implerstraße 51 (Vordergebäude)
 - Entwicklung der Mieten in Sendling (Mietspiegel, Erhaltungssatzung)
3. Bereich Verkehr
 - Verkehrskonzept für Sendling
 - Verlagerung von Verkehrsbewegungen von der stark belasteten Trasse Plinganserstraße/Herzog-Ernst-Platz bzw. Plinganser-/Lindwurmstraße auf die Trasse Bruderermühl-/Implerstraße
 - Verbesserung und Vervollständigung der vorhandenen Radwegestruktur
 - MVG-Fahrradstationen
 - Ausweitung des Parkraummanagements in Richtung Thalkirchen
 - Verkehrs- und Parkproblematik (dauerhaft sowie temporär, z.B. zum Oktoberfest)
4. Bereich Baumaßnahmen
 - Umbau Großmarkthalle/Überplanung der freiwerdenden Flächen
 - Bebauung des MK6 Geländes
 - Bebauung im Bereich der Flößerstraße/Zechstraße/Neuhofener Platz – Entwicklung des Wohnviertels von jahrelanger Gewerbenutzung hin zu einer Wohnnutzung
 - Schutz des Sendlinger Dorfkernensembles 2016



5. Bereich Grünanlagen/Isar
 - Grillproblematik – Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner durch Rauch und Lärm
 - verstärkte Nutzung der Grünanlagen/des Flauchers/der Isar für kommerzielle Events mit Beschallung/Möblierung usw.
 - Durchsetzung der Grünanlagensatzung
6. Bereich Kultur
 - zukünftige Nutzung des Gaißacherbunkers an der Thalkirchner Straße 158
 - Kulturhaus Tumblingerstraße
 - Unterstützung lokaler Kulturveranstaltungen
7. Kommunalreferat
 - aktueller Stand Neubau der Großmarkthalle
 - Nutzung städtischer Grundstücke durch städtische Gesellschaften (GWG, SWM etc.)
 - aktuelle Entwicklung der städtischen Grundstücke in Sendling

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Anträge sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das entsprechende Formular findet sich im Internet unter www.muenchen.de/buergerversammlungen, wird aber auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Süd der Bezirksausschüsse 6, 7, 8 und 19, Meindlstraße 14, 81373 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärdens-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, www.gmu.de, regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 2 33-2 52 41. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort:



Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum München, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Markus Lutz.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 22

(13.10.2015) Oberbürgermeister Dieter Reiter teilt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 22 (Aubing – Lochhausen – Langwied) mit, dass die Bürgerversammlung des 22. Stadtbezirkes am Dienstag, 27. Oktober, 19 Uhr, in der Turnhalle der Grundschule, Ravensburger Ring 37, 81243 München, stattfindet.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Hans Podiuk, Vorsitzender der CSU-Fraktion. Zu Beginn informieren er und der Bezirksausschussvorsitzende Sebastian Kriesel über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Stadtplanung

- Aktive Zentren
- Umgriff
- Bisherige Erfolge
- Weitere Ziele
- MGS als Ansprechpartner in zwei Stadtteilläden
- Bebauungspläne im 22. Stadtbezirk (außer Freiham)
- Freiham
- Gewerbegebiet: Umgriff und Stand der Vermarktung der Grundstücke
- Geplanter Aussichtsturm
- Umgriff Bebauungsplan 2068 und 2068a (1. RA, einschl. Zahlen und Fakten)
- Verkehrliche Entwicklung
- A99
- Weiteres Vorgehen bzgl. der Kapazitäten

2. Baumaßnahmen

- Grünband Freiham (zwischen Freiham und Neuaubing)
- Stand der Planungen
- Landschaftspark Freiham
- Stand der Planungen und Bürgerbeteiligung

3. Bildung

- Geplante Neubauten und Erweiterungen
- Verlagerungen von vorhandenen Schulstandorten (Raumsituation)

- Neue Schulstandorte
 - Bildungscampus
 - Ablauf der weiteren Planungen
 - Geplante Bürgerbeteiligung
 - Bildungslokal Limesstraße 81
4. Soziales
- Angebote für Senioren (ASZ)
 - Seniorenstadteilplan durch den Seniorenbeirat mit Unterstützung des BA
 - Flüchtlinge/Wohnungslose
 - Überblick münchenweit mit Herausforderungen
 - Standorte im 22. Stadtbezirk (geplant und aktuell)
5. Verkehr/ÖPNV
- Taktveränderungen im 22. Stadtbezirk
 - Errichtung einer Buslinie über Paulanerbrauerei und Langwied
 - Barrierefreier Ausbau S-Bahn-Halt Langwied und S-Bahn-Halt Aubing
6. Kultur
- UBO9
 - Vorläufige Übertragung einer Betriebsträgerschaft an das Kulturnetz 22
 - NS-Dokumentation Außenstelle Ehrenbürgstraße
 - Ablauf und weitere Schritte

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Anträge sind in der Bürgerversammlung persönlich zu stellen und schriftlich einzureichen. Das entsprechende Formular findet sich im Internet unter www.muenchen.de/buergerversammlungen, wird aber auch zu Beginn der Bürgerversammlung ausgegeben.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle West der Bezirksausschüsse 20, 21, 22, 23 und 25, Landsberger Straße 486, 81241 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärdensprache-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, www.gmu.de,



regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, buergerversammlung.dir@muenchen.de, Fax 2 33-2 52 41. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum München, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Sebastian Kriesel.

Figurentheaterfestival: „L'image manquante“ im Filmmuseum

(13.10.2015) Im Rahmen des „Internationalen Figurentheaterfestivals München“ zeigt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, am Donnerstag, 15. Oktober, um 19 Uhr den preisgekrönten kambodschanischen Film „L'image manquante“ (Das fehlende Bild) von Rithy Panh in der französischen Originalfassung mit englischen Untertiteln. In seinem außergewöhnlichen Dokumentarfilm bringt Regisseur Rithy Panh, mit Figuren aus Ton, Archivmaterial und einem gesprochenen Kommentar die Gräueltaten, die die Roten Khmer in Kambodscha zwischen 1975 und 1979 verübt haben, wieder in Erinnerung. Er schildert seine glückliche Kindheit, bis er als 13-Jähriger von den Roten Khmer aus seiner Heimatstadt Phnom Penh zusammen mit seiner Familie deportiert wird. Als Arbeitskollektiv wird ihnen jeglicher Besitz (bis auf einen Löffel) untersagt. Die Menschen müssen auf den Reisfeldern und in den Wäldern hart arbeiten, um die neue Gesellschaft zu formen. Schließlich kommt es zu einer großen Hungersnot mit vielen Todesopfern.

Die gesprochenen Texte stammen von Christophe Bataille, die Tonfiguren von Sarith Mang. Nach „S-21: The Khmer Rouge Killing Machine“ (2003) ist dies der zweite Dokumentarfilm Rithy Panhs über die Gewaltherrschaft der Roten Khmer.

Der Eintritt kostet 4, ermäßigt 3 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich.

Das „Internationale Figurentheaterfestival München“ findet vom 14. bis 25. Oktober statt. Infos auch unter www.figurentheater-gfp.de



Stadtbibliothek Sendling lädt ein zur Herbstlektüre

(13.10.2015) Bei einem Glas Rotwein in gemütlicher Runde abtauchen in die Welt der Literatur mit den Highlights des Sommers und den Ausblicken auf den Herbst. Der Abend voller Geschichten findet am Donnerstag, 15. Oktober, um 18.30 Uhr in der Stadtbibliothek Sendling, Albert-Roßhaupter-Straße 8, statt. Kostenlose Eintrittskarten sind in der Bibliothek erhältlich.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 13. Oktober 2015

Verbesserung der Fahrradverbindung vom Hauptbahnhof in die Altstadt

Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Hans Dieter Kaplan, Bettina Messinger, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Beatrix Zurek (SPD-Fraktion) vom 27.11.2014

Anfrage zum Artenschutz von Tieren bei Gehölzarbeiten

Anfrage Stadträtin Bettina Messinger (SPD-Fraktion) vom 26.3.2015



Verbesserung der Fahrradverbindung vom Hauptbahnhof in die Altstadt

Antrag Stadtrats-Mitglieder Verena Dietl, Hans Dieter Kaplan, Bettina Messinger, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Beatrix Zurek (SPD-Fraktion) vom 27.11.2014

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Für die gewährte Terminverlängerung möchten wir uns bedanken. In Ihrem Antrag baten Sie zu prüfen, wie die Fahrradverbindung zwischen Hauptbahnhof und Altstadt verbessert werden kann. Als schnell realisierbare Erstmaßnahme sollte eine empfohlene Route ausreichend beschildert werden.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlauben wir uns Ihren Antrag als Brief zu beantworten.

Ihr Antrag wurde zwischenzeitlich in der referatsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Bearbeitung der Radverkehrsthemen „Engpässe und Netzlücken“ und „Öffnung von Einbahnstraßen“ behandelt.

Im Benehmen mit dem Bau- und Kreisverwaltungsreferat können wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Zwischen dem Altstadtring und dem Hauptbahnhof existiert bislang keine ausreichend verkehrssichere und somit „radroutengerechte“ Verbindung. Aus diesem Grund gibt es hier bislang keine für den Radverkehr empfehlbare Route und in der Folge auch keine entsprechende wegweisende Beschilderung.

Die Elisenstraße als mögliche Verbindung entspricht ohne Radverkehrsanlagen nicht den Kriterien einer beschilderbaren Fahrradrouten. Radfahrstreifen oder Schutzstreifen, die hierzu eine Grundvoraussetzung wären, jedoch nur zu Lasten von Fahrspuren angelegt werden könnten, wurden in der Vergangenheit in Hinblick auf die erwartete Verkehrszunahme mit dem vorgesehenen künftigen Verkehrskonzept um den Hauptbahnhof aus Gründen der Leistungsfähigkeit abgelehnt. Für bauliche Radwege steht im Straßenseitenraum kein Platz zur Verfügung.

Auch die Bayerstraße (Einbahnstraße vom Altstadtring in Richtung Hauptbahnhof) ist als stark befahrene Hauptverkehrsachse ohne separate Radverkehrsführungen, für die im Bestand kein Platz vorhanden ist, für eine Radroute nicht zumutbar. Eine Radverkehrsführung in Gegenrichtung ist wegen des separaten Trambahnplanums derzeit nicht möglich.

Die Prielmayerstraße ist eine Einbahnstraße (Tempo 50) in Richtung Hauptbahnhof.

An der hoch komplexen Kreuzung am Bahnhofplatz ist nur das Rechtsabbiegen möglich. Eine legale Fortsetzung in Fahrtrichtung Bahnhofplatz und Arnulfstraße ist unter den heutigen Gegebenheiten nicht bzw. nur umwegig möglich. Für die Anlage eines Radwegs in Richtung Altstadttring (entgegen der Einbahnrichtung) steht im Bestand neben dem abgegrenzten Tram-bahnplanum kein ausreichender Platz zur Verfügung. Damit kann auch hier zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Radverkehrswegweisung zum Hauptbahnhof erfolgen.

Im Rahmen einer Umgestaltung des Bahnhofplatzes soll hier jedoch eine deutliche Verkehrsreduzierung angestrebt werden, um die heute fehlenden Fahrbeziehungen für den Radverkehr zu ermöglichen. Damit böte sich dann hier eine Verbesserung der Fahrradverbindung vom Hauptbahnhof zur Altstadt.

Auch die Schwanthalerstraße kann als stark befahrene Hauptverkehrsachse ohne Radverkehrsanlagen zur Zeit nicht als Fahrradrouten ausgeschildert werden.

Im Rahmen der verkehrstechnischen Untersuchung für das Umfeld des Münchner Hauptbahnhofs wurde aber auch ein Planfall „Sperrung des Bahnhofplatzes und Reduzierung der Fahrspuren in der Schwanthalerstraße in Richtung Sonnenstraße auf nur noch eine Fahrspur zur Einrichtung von Radverkehrsanlagen“ untersucht. Dieser Planfall ist gemäß Gutachter leistungsfähig im umliegenden Straßennetz abwickelbar. Eine Kurzfassung der Untersuchung lag dem Beschluss „Neubau Hauptbahnhof München; Sachstand und weiteres Vorgehen“ der Vollversammlung des Stadtrates vom 29.4.2015 (Sitzungsvorlagen Nr. 14-20/V 02553) als Anlage 24 bei. Mit diesem Beschluss wurde das Referat für Stadtplanung und Bauordnung beauftragt, die verkehrlichen Untersuchungen zu vertiefen und dem Stadtrat ein abgestimmtes Verkehrskonzept zur abschließenden Entscheidung vorzulegen. In diesem Zusammenhang könnte dann auch die Anlage von Radverkehrsanlagen in der Schwanthalerstraße beschlossen werden und damit eine weitere Verbesserung der Fahrverbindung vom Hauptbahnhof in die Altstadt ermöglicht werden.

Erst wenn diese Möglichkeiten geschaffen sind, kann auch das Wegweisungsnetz für den Radverkehr in diesen Bereich realisiert werden.

Wir bitten, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen, und gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anfrage zum Artenschutz von Tieren bei Gehölzarbeiten

Anfrage Stadträtin Bettina Messinger (SPD-Fraktion) vom 26.3.2015

Antwort Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk:

Mit Schreiben vom 26.3.2015 haben Sie gemäß § 68 GeschO folgende Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt. Für die Beantwortung der Anfrage haben Sie uns zweimalig Terminverlängerung gewährt, letztmals bis Anfang Oktober 2015. Hierfür bedanken wir uns.

Ihre Anfrage wird vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung nun wie folgt beantwortet:

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:

„Ziel des Allgemeinen Artenschutzes ist es, den wildlebenden Tieren während der Brutzeit (1. März bis 30. September) weder durch Fällungen noch durch Schnittmaßnahmen unnötig Nist- und Brutstätten zu entziehen. Doch auch außerhalb dieser Zeit muss auf den ‚Besonderen Artenschutz‘ (der Jahreszeiten unabhängig immer gilt) geachtet werden. Trotz dieser Schutzvorschriften kam es in letzter Zeit zu mehreren Vorfällen bei denen Eichhörnchen und Fledermäuse getötet wurden.“

Frage 1:

Welche Möglichkeiten hat die Stadt bei privaten Grundstückseigentümern dafür zu sorgen, dass sich diese an den „Allgemeinen Artenschutz“ und den „Besonderen Artenschutz“ bei der Beseitigung und dem Rückschnitt von Bäumen und Sträuchern halten und deshalb keine Tiere zu Schaden kommen?

Antwort:

Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung setzt diesbezüglich in erster Linie auf präventive Maßnahmen durch gezielte Information der betroffenen Mitbürgerinnen und Mitbürger und möglichst breite Öffentlichkeitsarbeit.

So weisen wir beispielsweise alle Baumeigentümerinnen und Baumeigentümer, die im Rahmen eines Antrags- oder Anzeigeverfahrens um die Genehmigung zur Fällung oder zum Rückschnitt eines Baumes nachsuchen, durch entsprechende Zusätze in den Bescheiden oder behördlichen Schreiben auf die geltenden Bestimmungen des „Allgemeinen und des Besonderen Artenschutzes“ und auf die sich daraus ergebenden Verhaltensregel hin. Gleichzeitig werden auch die im Falle eines Verstoßes drohenden buß-

geldrechtlichen bzw. strafrechtlichen Konsequenzen aufgezeigt, um das Unrechtsbewusstsein zu schärfen.

Auch Bürgerinnen und Bürger, die sich lediglich über Baumfällung oder Schnittmaßnahmen informieren möchten, sei es telefonisch oder persönlich, werden, soweit einschlägig, auch über die artenschutzrechtlichen Belange, die es dabei zu beachten gilt, informiert. Entsprechendes gilt auch für die durch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung im Internet bereitgestellten Informationen zum Thema Baumschutz. Auch diese Informationen gehen stets mit den Hinweisen auf die gleichzeitig zu beachtenden artenschutzrechtlichen Bestimmungen einher.

Insbesondere auch im Rahmen der Beratungen im Baugenehmigungsverfahren ist der „Allgemeine und Besondere Artenschutz“ stets ein wichtiges Thema, über das die Bauherrinnen und Bauherren frühzeitig aufgeklärt werden, um hier Konflikte bereits im Vorfeld zu vermeiden.

Saisonabhängig informiert das Referat für Stadtplanung und Bauordnung auch im Rahmen von Pressemitteilungen über einzelne artenschutzrelevante Themen.

Darüber hinaus werden Verstöße bei entsprechender Beweislage durch die Bußgeldstelle des Referates für Stadtplanung und Bauordnung bzw. bei strafrechtlichen Tatbeständen durch die Staatsanwaltschaft München verfolgt, um die Handelnden, meist beauftragte Firmen, nicht zuletzt auch durch derartige Sanktionen entsprechend zu sensibilisieren und Wiederholungstaten zu vermeiden.

Frage 2:

Welche Maßnahmen werden ergriffen, um den „Allgemeinen Artenschutz“ und den „Besonderen Artenschutz“ auf städtischen Grundstücken sicherzustellen?

Antwort:

Zur Beantwortung dieser Fragestellung wurden das Baureferat, das Kommunalreferat sowie das Referat für Gesundheit und Umwelt entsprechend ihrer jeweiligen Verantwortlichkeiten um Stellungnahme gebeten. Diese teilten uns Folgendes mit:

Baureferat:

Das Baureferat erläutert hinsichtlich der von ihm verwalteten oder von ihm als Dienstleister betreuten Grundstücke folgende Vorgehensweise:

Das Baureferat vermittelt seinen für Baumpflege verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Rahmen von externen und internen Schulungen und Fortbildungen die Vorgaben der Naturschutzgesetze. So waren bei den Deutschen Baumpflegetagen 2014 in Augsburg mehrere Fachreferate, die sich dem „Allgemeinen und dem Besonderen Artenschutz“ widmeten. Ebenso beim Bayerischen Baumforum 2015 in Freising-Weihenstephan.

Beide Veranstaltungen wurden von einer größeren Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Hauptabteilung Gartenbau besucht, die dann intern als Multiplikatoren wirken. Im nächsten Inhouse-Schulungsprogramm, das beim Baureferat HA Gartenbau regelmäßig in den Wintermonaten durchgeführt wird, ist eine Vertiefung der Thematik mit externen Fachleuten geplant.

Um bei notwendigen Fällungen keine genutzten Brut- und Nistplätze versehentlich zu beseitigen, ist seit einigen Jahren auf den durch eine Dienstabweisung vorgegebenen Meldebögen für Fällungen, die über die Abteilungsleitungen und die Hauptabteilungsleitung an die Bezirksausschüsse und die Untere Naturschutzbehörde geleitet werden, ein Angabenfeld „Höhlungen“ mit auszufüllen. Treten Höhlungen auf, müssen diese vor einer notwendigen Schnittmaßnahme oder Fällung sorgfältig auf eventuelle Bewohner untersucht werden. Dazu kommt ein speziell zu diesem Zweck vor einigen Jahren angeschafftes Endoskop zum Einsatz. In Einzelfällen werden auch externe Expertinnen und Experten hinzu gezogen.

Kommunalreferat:

Das Kommunalreferat führt als Immobiliendienstleister für städtische Liegenschaften auf den von ihm verwalteten Flächen Pflege-, Baumschnitt- oder Baumfällarbeiten in der Regel nicht selbst durch. Fallen Gehölzarbeiten an, wird hierfür das Baureferat Hauptabteilung Gartenbau eingeschaltet, das die Maßnahmen entweder selbst durchführt bzw. ausführen lässt. Die Überwachung des Artenschutzes wird somit durch die speziell ausgebildeten und geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Baureferates sichergestellt (siehe oben).

In den tangierten Bereichen des Kommunalreferates werden zur Gewährleistung des Artenschutzes abwechselnd Teilflächen bei größeren Grundstücken grundsätzlich nicht bearbeitet und somit der Fauna Möglichkeit zum Unterschlupf geboten. Liegen bei städtischen Flächen Biotope vor, wird standardmäßig die Untere Naturschutzbehörde eingebunden.



Außerdem wird in den betrieblichen Abläufen der Stadtgüter München der Schutz und die Pflege von wild lebenden Pflanzen- und Tierarten in ihrer natürlichen und ursprünglichen gewachsenen Artenvielfalt durch verschiedene Maßnahmen sichergestellt und gefördert. Hierbei steht vor allem die Erhöhung der Lebensraum- und Strukturvielfalt im Vordergrund. Dies umfasst sowohl den Erhalt von Grünland als auch die Errichtung von Blühstreifen und Landschaftselementen. Der Artenschutz von Tieren wird ebenfalls in der jährlichen Baumkontrolle der Stadtgüter München sichergestellt. Diese erfolgt ausschließlich über einen qualifizierten Baumkontrolleur oder eine qualifizierte Baumkontrolleurin oder über Fachfirmen. Im Zeitraum ab 1. März bis 30. September werden keine Schnittmaßnahmen durchgeführt, so dass Nist- und Brutstätten geschützt werden. Bei erforderlichen Schnitt- und Pflegemaßnahmen außerhalb der Brutsaison werden die Gehölze im Vorfeld durch externe Spezialistinnen und Spezialisten auf eventuelle Bewohner untersucht.

Für die Forstwirtschaft bestehen nach dem Bundesnaturschutzgesetz eine Reihe von Ausnahmeregelungen in Bezug auf den Natur- und Artenschutz. Das Verbot von Baumschnittmaßnahmen in der Zeit zwischen dem 1. März und dem 30. September nimmt den Bereich des Waldes explizit aus. Die städtische Forstverwaltung des Kommunalreferates hält sich jedoch, insbesondere in stadtnahen Gebieten, freiwillig an diese Regelung. Bei den übrigen forstwirtschaftlichen Maßnahmen müssen eine Vielzahl von naturschutzrechtlichen Vorgaben beachtet und eingehalten werden. So dürfen beispielsweise Höhlenbäume nicht gefällt werden, da sie auf Grund des Naturschutzrechtes geschützt sind.

Referat für Gesundheit und Umwelt – Städtische Friedhöfe München:
Die Gehölzarbeiten auf den Städtischen Friedhöfen sind an das Baureferat Hauptabteilung Gartenbau vergeben und erfolgen unter Beachtung der naturschutzrechtlichen Vorgaben zum Schutz von Nist- und Brutplätzen. Auf die bereits dargestellten Maßnahmen und Verfahrensweisen des Baureferates wird Bezug genommen.

Darüber hinaus trägt eine breite Palette konkreter Maßnahmen seitens des Referats für Gesundheit und Umwelt im Bereich der städtischen Friedhöfe dazu bei, den „Allgemeinen sowie den Besonderen Artenschutz“ zu gewährleisten. Der Schutz der ausgewiesenen Biotopflächen hat bei der Grünpflege Vorrang. Besonders ausgewiesene Friedhofsflächen werden extensiv gepflegt, um möglichst ein breites Artenspektrum zu entwickeln. Einer der Schwerpunkte in den letzten Jahren war die Artennachkartierung

für den als Landschaftsbestandteil geschützten Alten Südlichen Friedhof, inklusive einem Pflege- und Entwicklungsplan. Letzterer ist mit seinen Hinweisen zu Höhlenbäumen bzw. zu den Nist- und Brutplätzen der Boden- und Strauchbrüter eine wichtige Grundlage für den Artenschutz und stellt die Vorgabe für Baum- und Grünpflege auf diesem Friedhof dar.

Neben diesen grundlagenbezogenen Maßnahmen werden jedoch auch ganz praktische Maßnahmen ermöglicht. Zum Beispiel können Hobby-Imkerinnen und Hobby-Imker an geeigneten Plätzen ihre Bienenstöcke aufstellen. Nistkästen des Landesbunds für Vogelschutz bieten der Vogelwelt auf den städtischen Friedhöfen zusätzliche Nist- und Brutmöglichkeiten.

Frage 3:

Welche Maßnahmen werden ergriffen, den „Besonderen Artenschutz“ nach § 44 Bundesnaturschutzgesetz durchzusetzen? Dieser verbietet die Zerstörung tatsächlich vorhandener oder regelmäßig benutzter Brut- oder Nistplätze besonders geschützter Arten, z.B. Spechthöhle im Baumstamm oder die von Fledermäusen regelmäßig benutzte Baumhöhle.

Antwort:

Im Bereich des „Besonderen Artenschutzes“ setzt das Referat für Stadtplanung und Bauordnung auf die gleichen Instrumentarien wie beim „Allgemeinen Artenschutz“. Das sind in erster Linie gezielte Information und Öffentlichkeitsarbeit. Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Frage 4:

Wie kann aus Sicht der Verwaltung die Sensibilität für den Artenschutz bei Grundstückseigentümern und Gartenbaufirmen erhöht werden?

Antwort:

Das Thema Artenschutz war sowohl bei den Deutschen Baumpflege tagen 2014 in Augsburg, an dem sehr viele Fachfirmen aber auch Behördenvertreterinnen und -vertreter teilnehmen, Gegenstand mehrerer Fachvorträge; ebenso beim Bayerischen Baumforum 2015 in Freising-Weißenstephan. Dies zeigt beispielhaft die Aktualität des Themas sowie das Informationsinteresse in Fachkreisen und die Sensibilität der Veranstalter für Naturchutzfragen.

Darüber hinaus wird es auch weiterhin erforderlich sein, durch gezielte Informationen im konkreten Einzelfall sowie durch breite Öffentlichkeitsar-



beit, aber auch durch konsequente Sanktionierung von Verstößen den Belangen des Artenschutzes entsprechendes Gewicht zu verleihen und die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Frage 5:

Was unternimmt die Stadt konkret, wenn gegen die Vorschriften zum Artenschutz verstoßen wird?

Antwort:

Verstöße werden bei entsprechender Beweislage an die Bußgeldstelle des Referates für Stadtplanung und Bauordnung zur Ahndung bzw. an die Staatsanwaltschaft München zur Verfolgung der strafrechtlichen Verdachtsfälle weiter geleitet.

In einem gesonderten verwaltungsrechtlichen Verfahren wird beim Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Untere Naturschutzbehörde über die Möglichkeiten der Kompensation bzw. Ausgleichsmaßnahmen, z.B. Ersatznistkasten, im Rahmen des Verstoßes entschieden.

Ferner hat das Referat für Stadtplanung und Bauordnung – Untere Naturschutzbehörde die Möglichkeit, durch naturschutzrechtliche Anordnungen Maßnahmen zu veranlassen, um artenschutzrechtliche Verstöße zu verhindern bzw. zu minimieren. Eine vorbeugende Anordnungsbefugnis ist vom Gesetzgeber nicht eröffnet worden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 13. Oktober 2015

Erhebliche Sektenaktivitäten vor Flüchtlingsunterkünften!

Anfrage Stadträte Marian Offman und Richard Quaas (CSU-Fraktion)

Vernünftige Situation in Flüchtlingsunterbringung Hofmannstraße 69 vor weiterer Belegung schaffen

Antrag Stadträtin Dr. Manuela Olhausen (CSU-Fraktion)

Wird der Ausbau des Münchner Radverkehrsnetzes durch die GroKo im Rathaus systematisch ausgebremst?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Darstellung der Unfallzahlen Radfahrer-Fußgänger auf der Nord-Süd-Querung durch die Altstadt

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Paul Bickelbacher, Herbert Danner und Sabine Nallinger (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/Rosa Liste)

Veränderungen im Baurecht aufgrund der Beschleunigung der Asylverfahren

Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Michael Mattar, Gabriele Neff, Thomas Ranft und Wolfgang Zeilhofer-Rath (Fraktion Freiheitsrechte, Transparenz und Bürgerbeteiligung (FDP – HUT – Piraten))

Antrag zur Städtisches Klinikum GmbH: Geschäftsführung und Verwaltung beim Schwabinger Klinikum ansiedeln

Antrag Stadtrats-Mitglieder Cetin Oraner, Brigitte Wolf (Die Linke) und Sonja Haider (ÖDP)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat Marian Offman

ANFRAGE

13.10.2015

Erhebliche Sektenaktivitäten vor Flüchtlingsunterkünften!

In den letzten Wochen und verstärkt in diesen Tagen ist zu beobachten, dass vor Flüchtlingsunterkünften, speziell auch vor der Erstaufnahmeeinrichtung in der Heidemannstraße, geballt Mitglieder von Sekten, sogar mit Handkarren voller Propagandamaterial auftauchen und unbehindert insbesondere junge Flüchtlinge und Flüchtlingsfrauen ansprechen, bzw. offensichtlich versuchen sie „abzufischen“.

Das kann nicht im Sinn der Gesellschaft und einer integrativen Vorgehensweise der staatlichen und städtischen Stellen sein, aber auch nicht der freien Träger.

Die Gesellschaft muss diese verunsicherten und oft traumatisierten Menschen vor solchen vermeintlichen „Heilsbringern“ schützen.

Wir fragen deshalb den Oberbürgermeister:

1. Ist der Oberbürgermeister auch der Meinung, dass die Flüchtlinge, die verunsichert und oft traumatisiert endlich in München, in staatlichen und städtischen Einrichtungen sicher untergekommen sind, vor Sektenmitgliedern und anderen Fanatikern geschützt werden müssen?
2. Ist der Stadt und den zuständigen staatlichen Stellen bekannt, dass sich Mitglieder von Sekten und anderen am Rande der Gesellschaft operierenden sektenähnlichen Gruppen, gezielt vor Flüchtlingsunterkünften aufbauen und versuchen dort, insbesondere jugendliche Flüchtlinge und Flüchtlingsfrauen „abzufischen“, bzw. zu indoktrinieren?

3. Wenn ja, was unternimmt die Stadt dagegen, dass auf öffentlichem Grund proaktiv von Sektenmitgliedern Flüchtlinge angesprochen und mit Sektenschrifttum indoktriniert werden?
4. Wenn nein, wer ist für die Eindämmung dieser Aktivitäten zuständig?
5. Gibt es Erkenntnisse der Polizei über diese Aktivitäten?
6. Wenn ja, welche?
7. Falls es schon Beobachtungen gibt, wo liegen, außer vor der Bayernkaserne, die Schwerpunkte dieser Sektenaktivitäten?
8. Ab wann, bzw. mit wie vielen Teilnehmern gelten solche Aktionen als Veranstaltungen und bedürfen einer Genehmigung durch das KVR?
9. Gibt es eine städtische Dienststelle, die sich speziell mit diesem Themenkreis beschäftigt und dort Aufklärung für die Flüchtlinge betreiben könnte?
10. Gibt es ordnungsrechtliche Möglichkeiten solche Auftritte, insbesondere, das aktive Anwerben von Flüchtlingen auf öffentlichem Grund vor den Flüchtlingseinrichtungen zu untersagen?
11. Gibt es auch Hinweise darauf, dass Sektenmitglieder in die Einrichtungen gehen, um dort ihrer „Missionsarbeit“ nachzugehen?
12. Gibt es Hinweise, dass z.B. auch Salafisten in Münchner Unterkünften versuchen ihre radikalen Botschaften an die Frau, bzw. den Mann zu bringen?
13. Wenn ja, was wird gegen solche Aktivitäten von verfassungsfeindlichen Islamisten unternommen?
14. Welche Anweisungen hat das Sicherheitspersonal generell, mit solchen Personen umzugehen?

Richard Quaas, Stadtrat

Marian Offman, Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Dr. Manuela Olhausen

ANTRAG

13.10.2015

Vernünftige Situation in Flüchtlingsunterbringung Hofmannstraße 69 vor weiterer Belegung schaffen.

Der Stadtrat möge beschließen:

In der Flüchtlingsunterkunft Hofmannstraße 69 müssen vor dem Einzug weiterer Bewohner folgende Voraussetzungen geschaffen sein:

1. Funktionsfähige Heizungen auf allen Etagen in allen Räumen.
2. Ausreichend Sanitarräume auf allen Etagen – für Frauen und Kinder idealerweise getrennt, aber zumindest abschließbar.
3. Ausreichende Anzahl an Betreuungspersonen.
4. Einrichtung einer ausreichenden Anzahl an Gemeinschaftsräumen für verschiedene Nutzungsmöglichkeiten (u.a. auch für bürgerschaftliches Engagement).
5. Einrichtung von Wasch- und Trockenräumen.

Begründung:

Am Standort Hofmannstraße 69 im Stadtbezirk 19 sollen insgesamt 780 Flüchtlinge für eine längere Zeit untergebracht werden. Derzeit sind schon knapp 200 Personen eingezogen. Doch die derzeitige Unterbringungssituation führt zu Problemen. So fehlen z.B. im Gebäude die Heizung und Gemeinschaftsräume und die Sanitäreinrichtungen befinden sich in Containern außerhalb des Gebäudes. Das Ziel muss sein, für alle Beteiligten eine möglichst reibungsfreie Situation zu ermöglichen. Daher sollen vor dem Einzug von weiteren Bewohnern diese Voraussetzungen im Gebäude geschaffen werden.

Dr. Manuela Olhausen, Stadträtin

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 13.10.2015

Wird der Ausbau des Münchner Radverkehrsnetzes durch die GroKo im Rathaus systematisch ausgebremst?

Anfrage

Wird der Ausbau des Münchner Radverkehrsnetzes durch die GroKo im Rathaus systematisch ausgebremst?

Anlass:

Am 05.08.2015 wurde von mehreren Stadträtinnen und Stadträten der CSU-Fraktion der Antrag „Markierung von Radfahrstreifen: Entfall von Fahrspuren nur nach Stadtratsbefassung!“ gestellt.

Demnach soll künftig der Stadtrat über jede einzelne Abmarkierung von Radfahrstreifen entscheiden, falls diese sich auf den Kfz-Verkehr in Hauptstraßen auswirken. Anstatt also die notwendige und auch von der GroKo vermeintlich gewünschte Radverkehrsförderung durch die Verwaltung endlich zu beschleunigen, sollen in Wirklichkeit nun weitere formale Hürden aufgebaut werden, um den Radverkehr auszubremsen. Da das Radverkehrsaufkommen in München in den vergangenen 10 Jahren um über 70% zugenommen hat und weiter wachsen wird, ist jedoch ein möglichst rascher Ausbau der Radverkehrsnetzes zwingend notwendig, wenn man die Sicherheit der Radlerinnen und Radler weiterhin gewährleisten möchte. **Die VwV StVO gibt dabei der Sicherheit ALLER Verkehrsteilnehmer Vorrang vor der Flüssigkeit des Verkehrs.**

Auf Seiten der Verwaltung obliegt unserer Kenntnis nach die Anordnung von Verkehrszeichen, zu denen auch die Markierung von Radfahrstreifen gehört, dem Kreisverwaltungsreferat als kommunaler Straßenverkehrsbehörde. **Bei der Anordnungsumsetzung ist die Behörde in ihren Entscheidungen dabei an die strikten Vorgaben der Straßenverkehrsordnung (StVO) und der zugehörigen Verwaltungsvorschrift (VwV StVO) gebunden.**

Vorübergehende Beeinträchtigungen des (Kfz-)Verkehrs während einer Baustellenphase sind in der Regel leider nicht zu vermeiden. Während Behinderungen und Staus des motorisierten Verkehrs beispielsweise beim Bau des Luise-Kiesselbach-Tunnels über Jahre von der Politik selbstverständlich hingenommen wurden, führen deutlich geringere Beeinträchtigungen von nur wenigen Wochen durch die Markierung neuer Radfahrstreifen (z.B. in der Gabelsbergerstraße) gleich zu einem Aufschrei im Rathaus und drastischen Forderungen nach einer Änderung des Verfahrensweise, siehe CSU-Antrag vom 5.8.15.

Die dringliche Behandlung dieses Antrags im Feriensenat am 12.08.2015 wurde seinerzeit abgelehnt, dennoch scheint der Antrag bereits **ohne erforderlichen Stadtratsbeschluss** Spuren zu hinterlassen. So ist dem Sitzungsprotokoll des Feriensenats vom 12.08.2015 zu

entnehmen, **dass nach Auskunft von Herrn Bürgermeister Schmid bevorstehende Radverkehrsmaßnahmen durch das Baureferat ausgesetzt werden sollten.**

Wir fragen daher den Oberbürgermeister:

1. Welche konkreten Maßnahmen zum Ausbau des Radverkehrsnetzes und zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr (bauliche Radwege und Markierung von Radspuren) sind seit der Veröffentlichung des o.g. CSU-Antrags gestoppt worden? Bitte jeweils die Örtlichkeit und die Art der Maßnahme angeben.
2. Wann sind diese Maßnahmen jeweils angeordnet worden und wann genau sollten sie - ohne Stopp - eigentlich umgesetzt werden?
3. Ist unsere Annahme korrekt, dass für entsprechende Maßnahmenanordnungen das KVR verantwortlich zeichnet? Wenn ja, auf welcher rechtlichen Grundlage basiert dann der Stopp dieser Maßnahmen durch das Baureferat?
4. Hat das Baureferat hier ohne den notwendigen Stadtratsbeschluss auf Wunsch bzw. Anordnung der Stadtspitze gehandelt, obwohl die Maßnahmen verwaltungsintern bereits geprüft, fachlich befürwortet und angeordnet worden waren?
5. Lässt sich der Stopp aus Sicht des Baureferats fachlich begründen oder liegt hier vielmehr ein Fall politischer Einflussnahme auf ein Geschäft der laufenden Verwaltung im Verantwortungsbereich des KVR vor?
6. Müsste das bisherige Verfahren zur Umsetzung von Ausbaumaßnahmen im Radverkehr nicht solange beibehalten werden, bis eine ggf. geänderte Verfahrensweise offiziell durch den Stadtrat beschlossen wird, anstatt die Umsetzung wichtiger Maßnahmen zur Verkehrssicherheit aufgrund eines noch nicht im Stadtrat behandelten Antrags einfach zu stoppen?
7. Waren für die Umsetzung der nun gestoppten Maßnahmen bereits Firmen beauftragt worden? Falls ja, welche Kosten entstehen der Stadt München aufgrund der Verzögerung der Maßnahmenumsetzung oder aufgrund eventueller Entschädigungszahlungen?
8. Bis zu welchem Zeitpunkt können bzw. sollen die gestoppten Maßnahmen nun frühestmöglich umgesetzt werden?
9. Sollen vergleichbare Baumaßnahmen für den Kfz-Verkehr (Bsp. Tunnelbauten am Mittleren Ring) zukünftig entsprechend auch gestoppt werden, wenn zu erwarten ist, dass die Baustellen den Verkehrsfluss behindern? Wenn nein, warum werden hier unterschiedliche Maßstäbe zwischen Fahrrad- und Kfz-Verkehr angelegt?
10. Wie wird der Verkehrsfluss in der Gabelsbergerstraße und der Landsberger Straße durch das KVR derzeit beurteilt, einige Wochen nach Fertigstellung des Radfahrstreifens?

Zur Behandlung dieser Anfrage ist die gemäß GO geltende Frist von 3 Wochen einzuhalten, da die Ergebnisse erheblichen Einfluss auf wichtige Gesprächsrunden zum Radverkehr zwischen Politik und Verwaltung am 12. und 18. November 2015 haben können.

Initiative:

Herbert Danner, Paul Bickelbacher, Sabine Nallinger
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, den 13.10.2015

Darstellung der Unfallzahlen Radfahrer-Fußgänger auf der Nord-Süd-Querung durch die Altstadt

Anfrage

Die Stadtrats-Groko hat bereits 2014 angekündigt, den Radverkehr künftig nicht mehr durch die Altstadt auf der derzeitigen Nordsüd-Querung vom Odeonsplatz über den Marienplatz zum Rindermarkt fahren zu lassen. Argumentiert wird mit einem hohen Unfallrisiko durch undisziplinierte RadfahrerInnen. Am 11.11.2015 ist nun die beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat vorgesehen. Eine seriöse und ausgewogene Beschlussfassung ist nur möglich, wenn konkrete Unfallzahlen von Polizei und KVR vorliegen. Aus diesem Grunde fordern wir die Stadtverwaltung auf, rechtzeitig vor der Stadtratsbehandlung zur Altstadtquerung für FußgängerInnen und RadfahrerInnen am 11.11.2015 die Unfallzahlen der Polizei und/oder dokumentierte Erkenntnisse des KVR darzustellen.

Im Einzelnen bitten wir Sie, Herr Oberbürgermeister, folgende Zahlen darzustellen:

- 1.) Wie viele Unfälle mit Personenschaden zwischen RadfahrerInnen und FußgängerInnen ereigneten sich 2014 und von Januar bis Ende September 2015 zwischen Rindermarkt und Odeonsplatz? Bitte nach Jahren getrennt auflisten.
- 2.) Wie viele Schwerverletzte im Sinne der amtlichen Unfallstatistik werden aufgeführt?
- 3.) Wie viele der Unfälle ereigneten sich prozentual an vermeidbaren oder zumindest reduzierbaren Engstellen, z. B. durch Lieferwägen, Freischankflächen, parkende Fahrzeuge in der Dienerstraße, Kfz-Verkehr in der Dienerstraße, etc.?
- 4.) Wie häufig war die Schuld eindeutig einem Radfahrer/einer Radfahrerin zuzuschreiben?
- 5.) Welche Ergebnisse wurden bei Verkehrsbeobachtungen des Planungsreferates dokumentiert?
- 6.) Wie viele RadfahrerInnen queren die Altstadt durchschnittlich an einem üblichen Werktag oder haben dort Ziel oder Quelle? Wie hoch ist prozentual dazu die Unfallquote FußgängerIn-RadfahrerIn bzw. die Quote an schwerwiegenden Unfällen?

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unserer Anfrage.

Initiative:
Herbert Danner, Paul Bickelbacher, Sabine Nallinger
Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

13.10.2015

Antrag Nr.:
Veränderungen im Baurecht aufgrund der Beschleunigung der Asylverfahren

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung erläutert im Stadtrat das voraussichtlich am 1. November 2015 in Kraft tretende Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren im Hinblick auf Veränderungen im Baurecht.

Dabei soll dem Stadtrat dargelegt werden, welche neuen Möglichkeiten sich ergeben bei Befreiungen von Festsetzungen eines Bebauungsplanes sowie bei Bauvorhaben im Rahmen des § 34 Bundesbaugesetzbuchs. Außerdem soll erläutert werden, inwieweit es dabei um Bauvorhaben einerseits für Gemeinschaftsunterkünfte und andererseits für dauerhaftes Wohnen von Flüchtlingen geht.

Begründung:

Im Maßnahmenpaket der Bundesregierung, das im Bundeskabinett am 29.9.2015 beschlossen wurde, sind umfangreiche Änderungen im Bauplanungsrecht enthalten. Bereits im letzten Jahr wurde durch eine Gesetzesänderung („Gesetz über Maßnahmen im Bauplanungsrecht zur Erleichterung der Unterbringung von Flüchtlingen“) erreicht, dass Belange von Flüchtlingen und ihrer Unterbringung in den Abwägungskatalog für Bauleitpläne aufgenommen wurden. Hier stellt sich die Frage, welche Erfahrungen die Verwaltung in München damit gemacht hat und ob das neue Gesetzespaket weitere Möglichkeiten eröffnet.

Interessant ist dabei sicherlich auch die Frage, ob nur Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge betrachtet werden, oder ob die Gesetzesänderungen insgesamt, den Wohnungsbau, der natürlich auch Flüchtlinge betrifft, erleichtert.

Gez.
Dr. Michael Mattar
Fraktionsvorsitzender

Gez.
Dr. Wolfgang Heubisch
Stadtrat

Gez.
Wolfgang Zeilhofer-Rath
Stadtrat

Gez.
Gabriele Neff
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Gez.
Thomas Ranft
Stadtrat



Ökologisch-Demokratische Partei



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 12.10.2015

Antrag zur Städtisches Klinikum GmbH: Geschäftsführung und Verwaltung beim Schwabinger Klinikum ansiedeln

Der Stadtrat möge beschließen:

- 1) Der Stadtrat beauftragt die Geschäftsführung des Städtischen Klinikums bis Ende 2016 ein Konzept zur künftigen Verortung von Geschäftsführung und Verwaltung vorzulegen. Dabei erwartet der Stadtrat, dass dies an einem der vier verbleibenden Klinikstandorte geschieht, vorzugsweise beim Schwabinger Klinikum.
- 2) Dargestellt werden sollen Vor- und Nachteile der vier Klinikstandorte, jeweils bezogen auf Platzbedarf, Zeitschiene, ÖPNV-Anbindung und Kosten.

Begründung:

Laut Antwort auf meine Anfrage vom August 2015 sollen Grundstück und Gebäude an der Thalkirchner Straße 48 nach Rückzug der Dermatologie nach Schwabing an die Stadt zurück gehen. Für den künftigen Standort von Geschäftsführung und Verwaltung gibt es jedoch noch keine Pläne.

Nachdem Neubau oder Sanierung von Gebäuden regelmäßig mehrere Jahre in Anspruch nehmen, sollte diese Frage aber umgehend diskutiert und geklärt werden. Dieses Konzept muss auch in den Sanierungsprozess eingebunden werden.

Damit Geschäftsführung und Verwaltung den Kontakt zum medizinischen Geschehen nicht verliert, soll der neue Standort bei einem der vier Klinikstandorte Schwabing, Bogenhausen, Neuperlach oder Harlaching angesiedelt sein.

**Brigitte Wolf (DIE LINKE)
Cetin Oraner (DIE LINKE)**

Sonja Haider (ÖDP)

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 13. Oktober 2015

**Richtigstellung zum heutigen Thema des Tages
„Es dreht sich was“ in der Süddeutschen Zeitung**
Pressemitteilung SWM

Sauna-Events im Oktober
Pressemitteilung SWM

**Fotoausstellung im Nordbad
Musikalisches**
Pressemitteilung SWM

Auer Dult: Tram-Angebot wird teilweise verdoppelt
Pressemitteilung MVG

**StadtBus-Linien 187/188
Wochenende: Umleitung wegen Sperrung der Ober-
föhringer Straße**
Pressemitteilung MVG

Mietradsystem MVG Rad erfolgreich gestartet
Pressemitteilung MVG

Zum heutigen Thema des Tages „Es dreht sich was“ in der Süddeutschen Zeitung stellen die SWM folgendes richtig:

Die Aussage, die SWM wollten künftig „in Bayern überhaupt nicht mehr in Windkraft investieren“ ist nicht richtig. Die SWM verfolgen unverändert einzelne Windkraftprojekte in Bayern. Zusammen mit interessierten Kommunen gilt es Flächen zu finden, die trotz 10H-Regelung geeignet sind. Ein stabiler Aufbau von Windkraft wird in Bayern aber erst dann wieder erfolgen können, wenn die 10H-Regelung abgeschafft, oder mit größeren Ausnahmen versehen wird.

Sauna-Events im Oktober

(13.10.2015) Mit den M-Bädern kommt man fit und gesund durch die kalte Jahreszeit. Mit den M-Saunen bieten sie die perfekte Gelegenheit, dem Alltag zu entfliehen und dabei der Gesundheit etwas Gutes zu tun. Im Herbst und Winter warten sie mit Veranstaltungen auf, die den Sauna-Besuch zu einem ganz besonderen Erlebnis machen. Die Sauna-Events sind bis auf den regulären Saunaeintritt kostenlos.

Freitag, 16. Oktober

Schwabinger Schönheits- und Verwöhntag im Nordbad

Ein ganztägiges Wellnessprogramm mit besonderen Aufgüssen zu jeder vollen Stunde sowie halbstündlichen Verwöhnprogrammen für die Haut. Mit Gesichtsmasken, Salzen und Ölen erhalten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen ein Rundum-Entspannungsprogramm für den ganzen Körper.
(Tram 12/27, MetroBus 53, StadtBus 144/154 „Nordbad“, U2, U8 „Hohenzollernplatz“)

Mittwoch, 21. Oktober

Aufguss³ im Westbad

Ein intensives Schwitzerlebnis in der Saunainsel: Der Aufguss-Marathon beginnt mit einem Latschenkieferaufguss. In der anschließenden Ruhepause wird der Körper mit Franzbranntwein eingesprüht, das kühlt für die zwei nachfolgenden Aufgüsse. Im Anschluss gibt es Tee und Gesichtsmasken, die das Schwitzerlebnis abrunden.
(Tram 19, MetroBus 57 „Westbad“)

Mittwoch, 28. Oktober

Asiatischer Saunatag im Bad Forstenrieder Park

Eintauchen in die exotische Atmosphäre Asiens: Draußen der wunderschöne Zen-Garten, drinnen Aufgüsse mit japanischem Minzduft, dazu leise Meditationsmusik im Ruheraum. Hier macht der Stress Pause und Erholung kehrt ein.
(MetroBus 63, StadtBus 134/151 „Stäblistraße“, StadtBus 132 „Hatzelweg“, 134 „Bad Forstenried“)

Fotoausstellung im Nordbad Musikalisches

(13.10.2015) Die M-Bäder bieten Künstlern immer wieder ein Forum für ihre Werke. Ab Freitag, 16. Oktober, wird der Eingangsbereich im Nordbad zur Galerie. Die Fotografin Mandy Fliether-Kaltwasser stellt eines ihrer großformatigen Bilder aus.



Dazu die Künstlerin: „In dieser Bilderflut zeige ich Euch nur eins von mir, es heißt ‚Spiel dieses Lied immer und immer wieder, hier und überall‘. Musik ist unsagbar, Musik ist unsagbar schön. Musik ist unsagbar schön emotional.“

Zu sehen ist das Bild bis einschließlich Samstag, 31. Oktober, während der regulären Öffnungszeiten des Nordbads von 7.30 bis 23 Uhr. Der Eintritt ist frei.

(U2/U8 „Hohenzollernplatz“, Tram 12/27, MetroBus 53/59, Stadt-Bus 154 „Nordbad“)

MVG Information für die Medien

13.10.2015

Auer Dult: Tram-Angebot wird teilweise verdoppelt

Zur Auer Dult von Samstag, 17. Oktober, bis einschließlich Sonntag, 25. Oktober, verdoppelt die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) zeitweise ihr Tram-Angebot Richtung Mariahilfplatz: An beiden Dult-Wochenenden wird die Tramlinie 37 samstags und sonntags von ca. 11 Uhr bis 20 Uhr durch die Tramlinie 38 verstärkt, die zwischen Innenstadt und Großhesseloher Brücke fährt. Dadurch ergibt sich in diesem Abschnitt ein 5- statt 10-Minuten-Takt.

Außerdem ist die Dult mit dem Ersatzbus 35, dem MetroBus 52 (jeweils Haltestelle Mariahilfplatz) und dem MetroBus 62 (Haltestelle Schweigerstraße) sowie über einen kurzen Fußweg mit der U1/U2 (U-Bahnhof Fraunhoferstraße) zu erreichen. Der MetroBus 52 fährt an den beiden Sonntagen von ca. 11.30 Uhr bis 20 Uhr zwischen Marienplatz und Kolumbusplatz verstärkt im 5- statt 10-Minuten-Takt. Der MetroBus 62 verkehrt alle 10 Minuten. Individuelle Fahrplanauskünfte gibt es im Internet unter: www.mvg.de

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

13.10.2015

187 188 | Wochenende: Umleitung wegen Sperrung der Oberföhringer Straße

Wegen Sperrung der Oberföhringer Straße müssen die StadtBus-Linien 187 und 188 von Samstag, 17. Oktober, ca. 22 Uhr, bis Sonntag, 18. Oktober, ca. 10 Uhr, umgeleitet werden. Die Busse fahren in dieser Zeit zwischen Lohengrinstraße und Grüntal bzw. Oberföhring Post durch die Effnerstraße. Die Haltestelle **Muspilistraße** und **Bürgerpark Oberföhring** entfallen, ebenso die Haltestelle **Lohengrinstraße** in Fahrtrichtung Daglfing Bf. bzw. Arabellapark.

Die Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) informiert ihre Fahrgäste unter anderem mit Aushängen über die Umleitung. Informationen gibt es auch unter www.mvg.de und per MVG-Hotline unter der kostenfreien Rufnummer 0800 344226600 (montags bis freitags von 8 bis 20 Uhr).

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de

MVG Information für die Medien

13.10.2015

Mietradsystem MVG Rad erfolgreich gestartet

Das neue Münchner Mietradsystem MVG Rad hat einen erfolgreichen Start hingelegt. Seit der Inbetriebnahme am Freitagmittag haben sich bereits mehr als 3.500 Kunden über die App „MVG more“ für die Nutzung der MVG Räder registriert – und schon ordentlich in die Pedale getreten. Bis gestern Abend verzeichnete die MVG bereits mehr als 1.000 Mietvorgänge. Verlässliche Aussagen zu den am meisten genutzten Stationen oder Relationen lassen sich freilich erst nach einem längeren Beobachtungszeitraum treffen.

MVG-Planungschef Gunnar Heipp: „Ich bin sehr froh, dass wir MVG Rad so erfolgreich auf die Straße gebracht haben. Die Kombination aus festen Stationen und großem Rückgabegebiet, die Ausrichtung von MVG Rad am bestehen ÖPNV-Netz, unsere exklusive Reservierungsmöglichkeit, die minutengenaue Abrechnung sowie die eigens entwickelte App ‚MVG more‘ machen MVG Rad zu einem Qualitäts-Produkt, das unsere Fahrgäste in großer Zahl anspricht und sicher auch neue Kunden bindet. Bis Ende 2016 werden wir 101 weitere Stationen aufbauen, um die planbare Verfügbarkeit der MVG Räder weiter zu erhöhen. So sind die Münchnerinnen und Münchner sowie die Besucher unserer Stadt mit der MVG ganz einfach mobil.“

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de